

A1 Für den Einbezug von Hochschulen für angewandte Wissenschaft und Fachhochschulen: Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz überarbeiten!

Gremium: Campusgrün Bundesvorstand

Beschlussdatum: 14.06.2019

Tagesordnungspunkt: 4.5.1 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Für den Einbezug von Hochschulen für angewandte Wissenschaft und
2 Fachhochschulen: Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz überarbeiten

3 Hintergrund:

4 Seit 1999 ist es in Deutschland nach dem Studium der Psychologie (universitäres
5 Diplom) möglich, eine Ausbildung zum/zur Psychologischen Psychotherapeut*in zu
6 absolvieren. Für den Beruf des/der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*in
7 ist dies nach einem Studium der Pädagogik oder Sonderpädagogik möglich. Die
8 Ausbildung schließt an den Hochschulabschluss an und ist zeit- (3 Jahre
9 Vollzeitausbildung, 5 Jahre Teilzeitausbildung in Regelstudienzeit) und
10 kostenintensiv(unterscheidet sich nach Verfahren und Ausbildungsdauer, liegt
11 jedoch im fünfstelligen Bereich). Hinzu kommt die meist prekäre finanzielle Lage
12 der Psycholog*innen in Ausbildung (PiAs) während der 1800 Stunden ihrer
13 Praktischen Tätigkeit, die in der Regel zu Beginn der Ausbildung absolviert
14 wird. Diese findet häufig im Praktikant*innenverhältnis statt. Das bedeutet,
15 dass die PiAs im Durchschnitt während dieser Ausbildungsphase nur 639,00€
16 monatlich verdienen; zudem ist jede*r dritte PiAwährend der Praktischen
17 Tätigkeit über seine/ihre Einrichtung nicht sozialversichert ist (Klein-
18 Schmeink, 2017). Diese Bedingungen führen zu finanziellen
19 Abhängigkeitsverhältnissen und hoher Belastung, obwohl PiAs häufig sehr
20 verantwortungsvolle Aufgaben in den Einrichtungen übernehmen. Ein sozialer
21 Selektionsmechanismus ist zudem erkennbar, da PiAsdie Ausbildung fast
22 ausschließlich über die Unterstützung Dritter finanzieren können (Klein-
23 Schmeink, 2017). Diese Missstände sind der Politik seit Jahren bekannt und die
24 Bundesregierung hatte eine Neuregelung schon bereits im Jahr 2013 angekündigt.

25 Nach Jahren des Wartens wurde Anfang 2019 ein Referent*innenentwurf des
26 Psychotherapeutenausbildungsreformgesetz durch Bundesgesundheitsminister Jens
27 Spahn vorgestellt, es wurde bereits im Bundestag und Bundesrat eingebracht und
28 der Gesundheitsausschuss der Bundestags hielt am 15.5.2019 dazu eine Sitzung mit
29 Sachverständigen ab [Stand 19.5.2019].

30 Dieses Gesetz sieht einen neuen Studiengang der Psychotherapie vor (konsekutiver
31 Bachelor- und Masterstudiengang) und bringt die Verbesserung der prekären Lage
32 der Ausbildungsteilnehmer*innen mit sich. Sie schließen das Studium der
33 Psychotherapie bereits mit Approbation ab und ihre Leistungen im Rahmen der
34 Weiterbildung können somit von den Krankenkassen vergütet werden (vergleichbar
35 mit dem Studium der Medizin, das auch mit Erteilung der Approbation endet). Dies
36 ermöglicht eine sozialversicherte Anstellung zu einem angemessenen Gehalt
37 während der Weiterbildungsphase.

38 Kritik am neuen Psychotherapeutengesetz:

39 Der Reformprozess mit all seinen Vorteilen, die wir begrüßen, hat jedoch einen
40 großen Haken: Er unterschlägt die Ergebnisse der Studienreform seit 1990
41 (Bologna-Prozess), da im neuen Gesetz unter §9 Absatz 1 lediglich Universitäten
42 und den Universitäten gleichgestellte Hochschulen für das Angebot des neuen
43 Studiengangs vorgesehen werden. Dies ist ein Rückfall zum Zweiklassendenken in
44 der Hochschullandschaft zu Diplomzeiten und im Jahre 2019 nicht zeitgemäß!

45 Konsekutive Bachelor-/Master- Studiengänge haben den gleichen Workload (in
46 ECTS), sind ebenfalls nach den gleichen Kriterien akkreditiert wie universitäre
47 Studiengänge und schließen mit dem gleichen Qualifikationsniveau (Bachelor
48 EQR=6; Master EQR=7) ab wie universitäre Studiengänge. Die
49 Landeshochschulgesetzte sehen zudem keine Unterscheidung der Abschlüsse nach
50 Hochschulart mehr vor. Insbesondere durch die zuvor erwähnte Akkreditierung kann
51 die äquivalente Qualität der Studiengänge festgestellt werden.

52 Das Angebot des neuen Studiengangs auch an Fachhochschulen und Hochschulen für
53 angewandte Wissenschaft würde zudem im Sinne einer flächendeckenden
54 psychotherapeutischen Versorgung sowie der Abbildung aller zugelassenen
55 psychotherapeutischen Verfahren (psychoanalytische Psychotherapie,
56 tiefenpsychologisch fundierte Psychotherapie, Verhaltenstherapie und zukünftig
57 auch systemische Psychotherapie) sein.

58 Deshalb ist es unverständlich, warum Hochschulen für angewandte Wissenschaften
59 und Fachhochschulen beim Angebot des neuen Studiengangs ausgeschlossen werden
60 sollten. Dieser Auffassung sind ebenfalls der Gesundheitsausschuss und
61 Kulturausschuss des Bundesrats (Bundesrats-Drucksache 98/1/19; Punkt 10), die
62 Landesregierung Sachsen-Anhalt (Landtag von Sachsen-Anhalt Drucksache 6/4291)
63 und die Grüne Bundestagsfraktion (Bundestag Drucksache 19/9272).

64 Wir fordern die Änderung von §9 Absatz 1 im
65 Psychotherapeutenausbildungsgesetz:

- 66 • Streichung von: „Das Studium nach § 7 Absatz 1 Satz 1 findet ausschließlich an
67 Universitäten oder diesen gleichgestellten Hochschulen (Hochschulen) statt.“
- 68 • Ersetzung der Streichung durch: Das Studium nach § 7 Absatz 1 Satz1 findet
69 ausschließlich an Hochschulen statt.

70 Quellen:

71 1. Klein-Schmeink, 2017: [https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-](https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-Dokumente/2017/Ergebnisbericht_PiA-Umfrage.pdf)
72 [Dokumente/2017/Ergebnisbericht_PiA-Umfrage.pdf](https://www.klein-schmeink.de/data/user/PDF-Dokumente/2017/Ergebnisbericht_PiA-Umfrage.pdf)

Unterstützer*innen

Robin Ebbrecht (GHG Stendal)